

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Andreas Biebricher (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

Situation am Koblenzer Hauptbahnhof I

Die **Kleine Anfrage 3683** vom 20. August 2015 hat folgenden Wortlaut:

Der Bahnhofsvorplatz ist für sehr viele mit Bahn oder Bus ankommende Reisende die Visitenkarte einer Stadt. Am Koblenzer Hauptbahnhof kommt es seit geraumer Zeit verstärkt zu aggressivem Betteln, Drogenhandel, Alkoholkonsum mit einhergehendem sozial unangemessenem Verhalten wie dem Verrichten der Notdurft in der Öffentlichkeit. Auch ist eine verstärkte Vermüllung festzustellen.

Bahnkunden, Passanten und Schüler meiden mittlerweile möglichst den Bahnhofsvorplatz.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung die Situation auf dem Koblenzer Bahnhofsvorplatz bekannt? Wenn ja, was wurde bisher veranlasst, um die Situation zu verbessern?
2. Wie viele Platzverweise wurden gegen Personen nach § 13 Abs. 1 Polizei- und Ordnungsbehördengesetz ausgesprochen, die gegen die Gefahrenabwehrverordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf öffentlichen Straßen und in öffentlichen Anlagen der Stadt Koblenz vom 17. September 2007 oder sonstige Gesetze am Koblenzer Hauptbahnhof verstoßen haben (bitte aufgliedert nach den Jahren 2012, 2013, 2014 und bis Juli 2015)?
3. Wie viele Aufenthaltsverbote wurden gegen Personen nach § 13 Abs. 3 Polizei- und Ordnungsbehördengesetz ausgesprochen, die gegen die Gefahrenabwehrverordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf öffentlichen Straßen und in öffentlichen Anlagen der Stadt Koblenz vom 17. September 2007 oder sonstige Gesetze am Koblenzer Hauptbahnhof verstoßen haben (bitte aufgliedert nach den Jahren 2012, 2013, 2014 und bis Juli 2015)?
4. Verfügen die Gaststätten im Bereich des Koblenzer Hauptbahnhofs über Kundentoiletten wie es der § 7 Abs. 2 Gaststättenverordnung Rheinland-Pfalz vorsieht?
5. Wie bewertet die Landesregierung die Auswirkungen der räumlichen Nähe einer ärztlichen Suchtambulanz mit Methadonsubstitution im Markenbildchenweg auf die Situation am Hauptbahnhof?
6. Sieht die Landesregierung eine Gefährdung der Therapiebemühungen der Patientinnen und Patienten dieser Suchtambulanz durch die in unmittelbarer Nähe am Hauptbahnhof leicht gegebene Möglichkeit des Erwerbs von Drogen für den in der Methadonsubstitution häufig vorkommenden illegalen Beikonsum und liegen konkrete Hinweise oder Beweise für einen solchen Erwerb durch die Patientinnen und Patienten vor?

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 11. September 2015 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Die Aufgabe der Abwehr von allgemeinen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung obliegt sowohl den kommunalen Ordnungsbehörden als auch der Polizei. Die Stadtverwaltung Koblenz ist für die Aufgabenwahrnehmung der allgemeinen Gefahrenabwehr in der Stadt Koblenz sowohl sachlich als auch örtlich zuständig.

Die Polizei wird nur tätig, soweit die Abwehr der Gefahr durch die kommunale Ordnungsbehörde nicht oder nicht rechtzeitig möglich erscheint.

b. w.

Dies vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Der Koblenzer Hauptbahnhof ist ein Kreuzungsbahnhof und die Drehscheibe des Bahnverkehrs im Rhein-Mosel-Lahn-Gebiet. Wie in nahezu allen Oberzentren ist ein solcher Verkehrsknotenpunkt ein Sammelplatz unterschiedlichster Personengruppen; auch solcher, die aufgrund ihres Verhaltens ordnungsbehördliche und polizeiliche Relevanz entfalten. Seit dem Frühjahr 2015 wurde ein vermehrtes Hinweisaufkommen verzeichnet, wonach Personen, die der Drogenszene zugerechnet werden, sich im Bereich des Hauptbahnhofs treffen und dort möglicherweise Drogen konsumieren sollen. Durch das Polizeipräsidium Koblenz wurden offensive Kontrollmaßnahmen durchgeführt, damit die Entwicklung einer „offenen“ Drogenkontaktszene bereits im frühen Stadium verhindert wird. Hierbei war eine signifikante Häufung strafbaren Verhaltens nicht festzustellen.

Zu Frage 2:

a) Platzverweise – Polizei

Aufgrund datenschutzrechtlicher Vorgaben werden beim Polizeipräsidium Koblenz die polizeilichen Daten sechs Monate gespeichert. Danach stehen entsprechende Daten nicht mehr zur Verfügung. Die Polizei hat im Zeitraum Anfang März bis Ende August 2015 insgesamt 40 Platzverweise ausgesprochen, die im Zusammenhang mit dem Inhalt der Kleinen Anfrage stehen; darunter allerdings auch 15 Platzverweise gegen Randalierer im Zusammenhang mit einem Fußballspiel.

b) Platzverweise – Ordnungsbehörde

Die Stadtverwaltung hat in den letzten vier Jahren insgesamt 150 Platzverweise ausgesprochen:

2012 – 6 Personen
2013 – 70 Personen
2014 – 67 Personen
2015 – 7 Personen

Die Stadtverwaltung Koblenz führt keine differenzierte Statistik über den Anlass des Platzverweises. Demzufolge können hier auch Platzverweise angeführt sein, die nicht im Zusammenhang mit dem Vollzug der örtlichen Gefahrenabwehrverordnung stehen.

Zu Frage 3:

Die Stadtverwaltung und das Polizeipräsidium Koblenz haben am Koblenzer Hauptbahnhof keine Aufenthaltsverbote ausgesprochen.

Zu Frage 4:

Die Gaststätten im Bereich des Koblenzer Hauptbahnhofs verfügen nach den Erkenntnissen der Stadtverwaltung Koblenz über Kuntoiletten.

Zu den Fragen 5 und 6:

Die Substitution opiatabhängiger Patientinnen und Patienten ist eine vom Gemeinsamen Bundesausschuss als Möglichkeit zur ärztlichen Behandlung der Opiatabhängigkeit im Rahmen der Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen anerkannte Behandlungsmethode. Die Substitutionsbehandlung unterliegt besonderen rechtlichen Vorgaben und einer Überwachung nach dem Betäubungsmittelgesetz und der Betäubungsmittelverschreibungsverordnung sowie den Richtlinien der Bundesärztekammer. Sowohl die Richtlinien der Bundesärztekammer zur Durchführung der substitutionsgestützten Behandlung Opiatabhängiger als auch die Betäubungsmittelverschreibungsverordnung verfolgen unter anderem die Zielsetzung, dass substituierende Ärztinnen und Ärzte sicherzustellen haben, dass Substituierte keinen Beigebrauch betreiben und verschriebene Substitutionsmittel bestimmungsgemäß verwenden. Hinweise auf eine Gefährdung des Therapieerfolgs durch illegalen Beigebrauch aufgrund der Gegebenheiten am Koblenzer Hauptbahnhof liegen nicht vor.

Roger Lewentz
Staatsminister